

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/243

Bonn, den 21. Dezember 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Undogmatisch und ohne Illusionen 90

Zur beabsichtigten Bilanzierung der deutschen Außenpolitik

Von * * *

3 - 4 Erfolge der hessischen Bildungspolitik 57

Zahl der Studenten stieg in 15 Jahren von 11 000 auf über 25 000

Hessen hat die meisten Abiturienten

4 Im Dienst am Menschen 23

165 Entwicklungshelfer verlassen die Bundesrepublik

5 Regierungswechsel in Bonn aus der Sicht Spaniens 45

Zurückhaltung und gedämpfte Hoffnung

Von unserem EE-1-Korrespondenten in Madrid

6 Unter Beschuß 47

Moskau und die finnischen Sozialdemokraten

Undogmatisch und ohne Illusionen

Zur beabsichtigten Bilanzierung der deutschen Außenpolitik

Von * * *

In der letzten Kabinettsitzung dieses Jahres wurde beschlossen, sobald als möglich eine Bilanz des Verhältnisses der Bundesrepublik zur Umwelt aufzustellen. Dem Bundeskanzler und dem Außenminister ist klar, daß die in den letzten Jahren ohne Zweifel zu beobachtende Isolierung der Bundesrepublik sehr schnell überwunden werden muß, wenn sie nicht ein Dauerzustand werden soll.

Allzu lange hatte sich das offizielle Bonn damit begnügt, plattonische Zustimmungserklärungen zu den Zielen unserer Deutschlandpolitik als "große Erfolge" zu betrachten. Anwürfe von Gegnern der Bundesrepublik wurden kaum registriert oder mit der Bemerkung abgetan, sie kämen "nur" aus kommunistisch regierten Ländern. Veränderungen im Verhalten einiger blockfreier und neutraler Staaten gegenüber der Bundesrepublik konnten oder wollten nicht wahrgenommen werden. Ob dieses geringe Einfühlungsvermögen in gewisse weltpolitische Veränderungen auf mangelnde Berichterstattung zurückzuführen ist, oder ob von irgendwelchen Stellen früherer Bundesregierungen unangenehme Nachrichten, die nicht in das Konzept paßten, wenig beachtet wurden, wird zu prüfen sein. Jedenfalls haben Bundeskanzler Kiesinger und Außenminister Brandt ihre Kabinettskollegen davon überzeugen können, daß es nunmehr höchste Zeit sei, eine gewissenhafte Bestandsaufnahme der heute noch vorhandenen Möglichkeiten einer erfolgversprechenden deutschen Außenpolitik vorzunehmen.

* * *

Es könnte sein, daß eine solche Bilanz unserem Volk einige Überraschungen beschert. Damit aber nicht wieder irgendetwas unter den Tisch fällt, was auf den Tisch gehört, wird die neue Bundesregierung gut daran tun, bei Erforschung der veränderten Weltlage auch einmal Methoden anzuwenden, die in anderen demokratischen Staaten längst gang und gäbe sind. Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens, aber auch die Regierungen einiger Ostblockländer, begnügen sich bei ähnlichen Unternehmungen keineswegs mit den Berichten ihrer offiziellen Botschafter. Sie entsenden in zahlreiche Länder Sonderbotschafter mit speziellen Aufträgen und greifen hierbei auch auf Wirtschaftler, Wissenschaftler und andere in freien Berufen tätige Persönlichkeiten zurück.

Ehe sich Staatspräsident de Gaulle entschloß, diplomatische Beziehungen zu Peking aufzunehmen, entsandte er zwei hervorragende Männer der Wirtschaft und drei Wissenschaftler mit dem Auftrag nach China, ihm - unabhängig voneinander - einen Bericht über den Zustand des Landes zu erstellen. Drei dieser "Sonderbotschafter" waren innerpolitische Gegner de Gaulles; sie nahmen den Auftrag nur unter der Bedingung an, daß sie ihre Berichte dem französischen Staatspräsidenten unmittelbar übergeben könnten. De Gaulle stimmte zu, verzichtete dabei natürlich aber auch nicht auf die Berichte

der offiziellen französischen Botschaften in den asiatischen Ländern.

Ähnlich pragmatisch handeln die amerikanische und die britische Regierung. Auch dort setzt man zur Untersuchung bestimmter Vorgänge im Ausland Persönlichkeiten ein, die außer einer guten Beobachtungsgabe auch über Fachwissen verfügen und nicht in der Routinearbeit von Berufsdiplomaten festgefahren sind.

* * *

Im Bonner Auswärtigen Amt hat man sich - mit geringen Ausnahmen stets gegen eine solche Außenseitertätigkeit zur Wehr gesetzt. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, daß vor einigen Jahren die Bundesregierung sehr froh war, als sich der damalige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und jetzige Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Wischniewski ("Ben-Wisch"), zur Verfügung stellte, um seine guten Beziehungen zu einigen afrikanischen Staaten zugunsten der Bundesrepublik einzusetzen. Auch andere "Außenseiter" haben früheren Bundesregierungen schon mehrfach geholfen, dort ein klärendes Wort anzubringen, wo weisungsgebundene Diplomaten nicht mehr weiterkamen.

* * *

Vielleicht wird es auch zweckmäßig sein, gelegentlich Journalisten zu bitten, ihre oft langjährigen Erfahrungen und guten Verbindungen in den Dienst der deutschen Außenpolitik zu stellen. Es ist z.B. bekannt, daß einige hochqualifizierte deutsche Journalisten schon lange darüber unterrichtet waren, wie die Amerikaner in zunehmendem Maße an der Bildung einer gemeinsamen Atomstreitmacht ihr Interesse verloren. Während schon in deutschen Zeitungen durchaus seriöse Berichte über die Wandlung der amerikanischen Vorstellungen veröffentlicht wurden, hat das Bonner Verteidigungsministerium, im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und dem Außenministerium, immer noch Emmissäre ausgesandt, die den Amerikanern klarmachen sollten, wie positiv die Bundesrepublik zur Bildung einer gemeinsamen Atomstreitmacht stehe und zu welchen Opfern sie bereit sei, um gegebenenfalls an einer solchen Atomstreitmacht direkt beteiligt zu werden. Es war unausbleiblich, daß derartige anachronistische Demarchen auch in den Ostblockländern bekannt wurden, wo man selbstverständlich mit einer entsprechenden antideutschen Propaganda auf die öffentliche Meinung in den neutralen und blockfreien Staaten einwirkte.

* * *

Solche und ähnliche Pannen können in Zukunft vermieden werden, wenn die vom Bundeskabinett am Dienstag dieser Woche beschlossene Bilanzierung der deutschen Außenpolitik so undogmatisch wie möglich vorgenommen wird. Nach allem, was man bisher über die Absichten Kiesingers gehört hat, ist anzunehmen, daß er, gemeinsam mit dem neuen Außenminister, auch die Methoden der deutschen Außenpolitik zu modernisieren gedenkt. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die man mit einer nur weisungsgebundenen Diplomatie gemacht hat, könnten der Bundesrepublik auf diese Weise manche finanzielle Belastung und nicht wenige Enttäuschungen erspart bleiben.

+ + +

Erfolge der hessischen Bildungspolitik

Zahl der Studenten stieg in 15 Jahren von 11 000 auf über 25 000
Hessen hat die meisten Abiturienten

sp - Soziale Sicherheit und Erhöhung des Lebensstandards werden in der Zukunft mehr denn je vom Stand der Technik und des Wissens abhängen. Eine gute Ausbildung wird künftig noch wichtiger sein als heute. Kein Staat, der sich in Freiheit behaupten will, kann auf seine Begabungsreserven verzichten. Das Land Hessen hat daher schon in den letzten Jahren sein gesamtes Schulwesen so ausgebaut, daß es im Verhältnis zur Größe des Landes und seiner Bevölkerung auf Bundesebene überdurchschnittlich ist.

Dieser Ausbau wird fortgesetzt im Rahmen des Großen Hessenplans, wobei durch Mittelpunktschulen und durch Landschulreform die Voraussetzungen für einen verstärkten Besuch der weiterführenden Schulen geschaffen werden. Die Zahl der Gymnasiasten soll in den nächsten Jahren nochmals um zwanzig Prozent angehoben werden.

- * Die Zahl der Abiturienten und Schüler an weiterführenden Schulen
- * übersteigt in Hessen weit den Bundesdurchschnitt. Auf je 100 junge Menschen im Alter von 19 bis unter 22 Jahren kommen - nach der
- * Statistik von 1964 - in Hessen 9,8, in Niedersachsen 8,1 in
- * Rheinland-Pfalz 7,2, in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Hol-
- * stein je 9,7, in Baden-Württemberg und im Saarland je 6,8 Abitu-
- * rienten. Nicht der Geldbeutel des Vaters, sondern die Fähigkeiten
- * des jungen Menschen müssen entscheidend sein, wenn er sich
- * zum Hochschulstudium entschließt. Hessen hat deshalb als erstes
- * Bundesland den Studierenden an seinen drei wissenschaftlichen
- * Hochschulen und an seiner Technischen Hochschule volle Unter-
- * richtsgeldfreiheit gewährt. Die Zahl der Studierenden stieg von
- * 11 718 im Wintersemester 1950/51 auf 29 659 im Wintersemester
- * 1965/66 an den hessischen Hochschulen.

Der sorgfältige Wiederaufbau der Hochschulen schuf mit die Grundlagen für diese positive Entwicklung. Dabei ist Hessen in den letzten Jahren nach Feststellung von Kultusminister Professor Dr. Ernst

S c h ü t t e beim Ausbau und der Erweiterung seiner wissenschaftlichen Hochschulen noch über die Empfehlungen des Wissenschaftsrates hinausgegangen. Die Aufwendungen des Landes für seine Hochschulen stiegen von 29,4 Millionen DM im Jahre 1950 auf 355,9 Millionen DM im Jahre 1966. Um mehr als das Zwölfwache haben sich also die Leistungen des Landes für seine wissenschaftlichen Hochschulen gegenüber 1950 erhöht.

Im kommenden Jahrzehnt wird der Ausbau der hessischer Hochschulen

im Rahmen des Großen Hessenplans konsequent fortgeführt werden. Nach dem langfristigen Investitionsplan des Landes sollen dafür bis 1974 allein aus Landesmitteln 1.172 Millionen DM aufgebracht werden. Neue Arbeitsplätze, Hörsaalplätze und sonstige Lehr- und Forschungseinrichtungen können damit geschaffen werden, so daß diese Erweiterungsmaßnahmen praktisch Neubauten gleichen. Mit der Aufbringung dieser erheblichen Mittel will das Land Hessen nicht nur für einen rechtzeitigen Ausbau seiner Universitäten sorgen, damit später auch die größere Zahl von Abiturienten ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten hat, sondern darüber hinaus wird auch ein wesentlicher Beitrag für die Existenzsicherung der freien Welt geleistet. Eine gute Ausbildung hilft der Jugend ihre Zukunft sichern. - Der Ausbau der Hochschulen im einzelnen sieht nach den Zielvorstellungen des Großen Hessenplans vor:

- * 1 760 neue Arbeitsplätze an der Universität Marburg, 2 030 Hörsaal- und 5 180 Arbeitsplätze an der Universität Gießen, 3 450
- * Hörsaal- und 7 460 Arbeitsplätze an der Universität Frankfurt
- * und 610 Hörsaal und 3 090 Arbeitsplätze an der Technischen Hochschule Darmstadt. Bei den Zahlen für Gießen und Frankfurt sind die Hochschulen für Erziehung mit inbegriffen, da die Lehrerbildung in Hessen nach akademischen Grundsätzen erfolgt.

+ + +

In Dienst am Menschen

165 Entwicklungshelfer verlassen die Bundesrepublik

sp - Die Idee stammt vom ermordeten US-Präsidenten Kennedy, und sie hat auch in der Bundesrepublik großen Anklang gefunden: Die Idee, junge, darauf gründlich vorbereitete Menschen in Entwicklungsländer zu entsenden, um dort ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihre Kenntnisse weiterzugeben. Im Bundespräsident Dr. Lübke fand der Deutsche Entwicklungsdienst einen verständnisvollen Förderer. Am 29. Dezember dieses Jahres reisen weitere 165 Freiwillige des Deutschen Entwicklungsdienstes in zwölf Entwicklungsländer; 63 nach Afrika, 40 nach Asien und 42 nach Lateinamerika. Die Freiwilligen arbeiten in Projekten der ländlichen Entwicklungsförderung, der handwerklicher Berufsausbildung, der Energieversorgung, des Wohnungsbaues und des Gesundheitswesens. Damit stehen, wie den Informationen des Deutschen Entwicklungsdienstes zu entnehmen ist, über 1 000 Freiwillige im Dienst praktischer Entwicklungshilfe.

Diese jungen Menschen nehmen große Opfer und Entbehrungen auf sich, erwartet sie doch in den Ländern, in denen sie wirken, kein Paradies. Irdische Reichtümer sind nicht zu erwerben. Sie leben unter den gleichen bedrückenden Bedingungen wie die einheimische Bevölkerung, genießen keine Vorteile und sind vielerlei Strapazen ausgesetzt. Es gehört ein starker Idealismus dazu, für Abenteurer ist kein Raum; die Auswahl erfolgt nach strengen Prinzipien. Diese jungen Menschen verdienen unser aller Bewunderung, sie sind mit die besten Botschafter, die wir in den Entwicklungsländern haben.

+ + +

Regierungswechsel in Bonn aus der Sicht Spaniens

Zurückhaltung und gedämpfte Hoffnung

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Außergewöhnlich rege ist das Interesse der spanischen Presse und Öffentlichkeit an den Vorgängen in Bonn. Nicht einmal die innenpolitischen Veränderungen wie das Tauziehen um das neue spanische Grundgesetz vermochte das Thema "Regierungswechsel in Bonn" aus den Spalten der Tageszeitungen und aus der Bildfolge der Tagesschau des spanischen Fernsehens zu verdrängen.

Forscht man den Ursachen dieser Interessiertheit nach, so stößt man immer wieder auf ein Phänomen: Deutschland, schon seit mehr als einem Jahrhundert in Spanien als Vorbild betrachtet, verfügt in Spanien über einen nahezu unbeschränkten Vertrauenskredit. Vor allem die fortschrittlichen und europabewussten Kreise der Madrider Regierung haben mit großer Erleichterung festgestellt, daß die "Große Koalition" in Bonn nach wie vor ein entschiedener Fürsprecher Spaniens bei der EWG ist. Der neue Außenminister und Vizekanzler Willy Brandt wurde anfangs als "Spanienfreund" bezeichnet, andererseits aber auch als "unbekannte Größe", von der man nicht wisse, wie sie sich Spanien gegenüber verhalten würde. Doch inzwischen hat man sich in Madrid rasch beruhigt und damit abgefunden, daß die SPD die Richtlinien der Bonner Politik mitbestimmt. "So schlecht fahren wir dabei eigentlich nicht," ist der immer wiederkehrende Tenor der spanischen Kommentare, die freilich nicht ganz frei von Skepsis im Hinblick auf die Lebensdauer der "Großen Koalition" der gegenwärtigen Bundesregierung nur eine Amtsdauer bis zu den Bundestagswahlen von 1969 voraussagen. War die Sozialdemokratie in Spanien der Gegenwart immer etwas suspekt - jedenfalls in den torangebenden Kreisen, für die jede "Linksabweichung" unadäquat wäre -, so hat sie durch ihre Regierungsbeteiligung in Bonn auch in Madrid neues Ansehen gewonnen: Im Zeichen des langsamen Übergangs zur Demokratie im Schildkröten-Tempo büßt die allein politisch vertretene spanische Rechte immer mehr an Terrain ein und beginnt, die SPD in der deutschen Bundesrepublik als eine Größe einzuschätzen, mit der ernstlich gerechnet werden muß.

Die Zusicherungen, die AA-Staatssekretär Rolf Lahr anlässlich der Einweihung des neuen deutschen Botschaftsgebäudes in Madrid dem spanischen Außenminister Fernando Maria Castiella hinsichtlich der künftigen Bonner Spanien-Politik gegeben hat, wurden in der spanischen Hauptstadt beifällig aufgenommen. Was darüber hinaus den Spanier besonders interessiert: Wie behebt die neue Bundesregierung die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzlage? Wie kuriert Bonn das krankgewordene Wirtschaftswunder? Dies ist für die Spanier aus mehreren Gründen wichtig, denn auch hier können sich einmal die in der Bundesrepublik entwickelten wirtschaftlichen Flaute-Symptome zeigen. Da die Spanier gern von den Deutschen lernen, wollen sie vor allem das Bonner Rezept kennenlernen, mit dem einer wirtschaftlichen Stagnation begegnet werden soll.

"Wie steht die neue Bundesregierung zu unseren Gastarbeitern?" und "Können wir auch künftig in der Bundesrepublik arbeiten?" sind zwei Fragen, die sich vor allem der Mann auf der Straße stellt.

Unter Beschuß

Moskau und die finnischen Sozialdemokraten

K.K. - Obwohl die finnischen Sozialdemokraten zusammen mit den Kommunisten in der Regierung sitzen und der sozialdemokratische Ministerpräsident Paasio kürzlich einen Freundschaftsbesuch in Moskau abgestattet hat, hat die PRAWDA neulich die finnischen Sozialdemokraten in einer Weise abgekanzelt, die Finnlands Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion in eigenartigem Lichte erscheinen läßt.

Vor allem kritisiert die PRAWDA den Parteitag der finnischen Sozialdemokraten. Daß dieser sich für das Aufhören der Bombenangriffe auf Nordvietnam, für den Ausbau der Beziehungen mit der Sowjetunion und eine allgemeine europäische Sicherheitskonferenz ausgesprochen hat, wird von der PRAWDA zwar zustimmend bemerkt, wie auch das Bekenntnis zu einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa gutgeheißen wird.

Bemerkenswerter als die Zustimmung ist jedoch die Kritik. Vor allem weist die PRAWDA darauf hin, daß der Parteitag sich nicht in genügend klarer Weise gegen die Bedrohung ausgesprochen hat, die der "westdeutsche Revanchismus" bedeute. Auch habe der Parteitag nicht Abstand genommen von der Sozialistischen Internationale, die von der PRAWDA als prowestlich und antikommunistisch dargestellt wird. Die Hinweise auf die Sozialistische Internationale sind eigenartig, nicht zuletzt deshalb, als der Einfluß der Sozialistischen Internationale auf die Tagesarbeit der angeschlossenen Parteien nicht sehr groß, wenn überhaupt vorhanden ist. Immerhin hat der Parteitag der finnischen Sozialdemokraten erklärt, daß sich die Partei durch die Beschlüsse der Internationale nicht gebunden fühle, die nicht zu Finnlands Lage paßten.

PRAWDA sagt, daß die finnischen Sozialdemokraten "an dem Kreuzweg stehengeblieben" seien, der zur aufrichtigen Unterstützung der Freundschaftspolitik mit der Sowjetunion führen kann. Dabei haben viele führende Sozialdemokraten sich in Selbstkritik nicht zurückgehalten, indem sie bekannten, es sei ein Fehler gewesen, 1958 Leute in Fagerholms Regierung genommen zu haben, die in Moskau nicht genehm gewesen sind. Einer der eifrigsten dieser Umkehrer ist Väinö Leskinen, damals von Moskau verdammt, heute ob seiner vollkommenen Wandlung dort hoch angesehen. - Aber Leskinen, der wieder an die Parteispitze kommen wollte, ist nicht in den Parteivorstand gewählt worden!

Die finnischen Sozialdemokraten haben auf ihrem Parteitag auch nicht, wie von Moskau offenbar erwartet, sich für die Wiederwahl des Präsidenten Kekkonen im Jahre 1968 ausgesprochen. Moskau will jedoch keinen anderen Präsidenten Finnlands sehen als gerade ihn. PRAWDA's Zurechtweisung gilt auch diesem Punkt.

Und schließlich wirft die PRAWDA den finnischen Sozialdemokraten vor, daß sie noch immer zu viele Vorurteile gegen die finnischen Kommunisten "und andere fortschrittliche Kräfte" hätten. - Ganz abgesehen, daß es fraglich ist, ob man die Kommunisten zu den fortschrittlichen Kräften zählen kann, ist es sicher, daß die PRAWDA mit "den anderen" die Simoniten meint, die neben den Kommunisten in der finnischen Regierung sitzen, dennoch aber in ihrer Presse und ihren Versammlungen die Regierung heftig bekämpfen.